

PROTOKOLL

des Ordentlichen Kreisparteitages
FDP Kreisverband Düsseldorf
3. März 2007, in den Rheinterrassen,
Joseph-Beuys-Ufer 33, 40479 Düsseldorf
Beginn: 10.00 Uhr

19. März 2007

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung

Die Vorsitzende Gisela Piltz begrüßt die Mitglieder, Gäste sowie die anwesenden Vertreter der Presse und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung zum Kreisparteitag fest.

Die Stimmberechtigung der Anwesenden wurde überprüft.

Die Beschlussfähigkeit des Kreisparteitages ist gegeben.

Gisela Piltz kündigt den zum späteren Zeitpunkt eintreffenden Gastredner Dirk Niebel, Generalsekretär des Bundesverbandes der FDP, an.

Der Kreisparteitag gedenkt der verstorbenen Mitglieder: Hans-Erich Ramm, Dieter Laube und Dr. Walter Rischer.

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen angenommen.

TOP 2 Ehrung von Mitgliedern

Gisela Piltz ehrt für ihre 25-jährige Mitgliedschaft in der FDP:
Felix Droste, Dr. Manfred Droste, Werner Frey
nicht anwesend:

Ernst Altevogt, Jörg Eickhoff, Wolfgang Hahn, Dr. Paul Heuser, Renate Heuser, Renate Hüfner, Heide Linkamp, Hans Hergert Meysenburg, Karen Meysenburg, Dr. Annette Scherrer und Hubertus Schoeller

Heinz Winterwerber ehrt Horst Jakobskrüger für seine 50-jährige Mitgliedschaft in der FDP.

TOP 3 Wahl des Parteitagspräsidiums

Der Kreisvorstand schlägt folgende Personen vor:

- Burkhard Hirsch
- Judith Pirscher
- Helmut von Richter

Bei Enthaltung der betroffenen Parteifreunde, bedankt sich das Präsidium für das Vertrauen und übernimmt die Leitung des Parteitages.

Dem Kreisparteitag werden folgende Personen als Schriftführer/-innen vorgeschlagen:

- Franziska Pagel
- Margitta Rauchbach

Die Schriftführerinnen werden einstimmig gewählt.

TOP 4 Geschäftsbericht und politische Rechenschaftsberichte

Gisela Piltz berichtet über die Arbeit des Kreisvorstandes. Der Kreisverband Düsseldorf sei nach wie vor einer der wenigen Kreisverbände, der mit Mandatsträgern in allen Parlamenten vertreten sei und auf allen Ebenen werde sehr gute Arbeit geleistet. Zudem habe man im vergangenen Jahr erfolgreich neue Veranstaltungsformen, z.B. die „After-Work-Lounge“, etabliert und den Internetauftritt relaunched.

Sie dankt ausdrücklich der Ratsfraktion, den Jungen Liberalen, der Liberalen Hochschulgruppe (LHG) und dem gesamten Kreisvorstand für die sehr gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

In ihren bundespolitischen Ausführungen nimmt sie insbesondere Bezug auf die Gesundheitsreform und den Kampf für die Freiheitsrechte des Einzelnen.

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann informiert über die Tätigkeit der Ratsfraktion. Insbesondere dankt sie der Fraktion, den Mitarbeitern und dem Geschäftsführer, Manfred Neuenhaus, für die sehr gute Arbeit. Sie nimmt unter anderem Stellung zur Selbstzerfleischung der Düsseldorfer SPD. Zunehmend seien zudem Auflösungserscheinungen der verschiedenen Blöcke im Rat zu beobachten. Die liberale Ratsfraktion müsse nun so viele liberale Positionen durchsetzen wie möglich. Sie bittet dafür um Unterstützung.

Dr. Robert Orth berichtet über die Arbeit der Landtagsfraktion und hebt dabei insbesondere auf die Bereiche Bürgerrechte und Justiz ab.

Alexander Alvaro informiert über die Entwicklungen im Europäischen Parlament. Vor allem die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, die Wahrung der bürgerlichen Rechte trotz Terrorismusbekämpfung und die Notwendigkeit, ein Europa der Bürger zu schaffen, bestimmen die aktuelle Arbeit der Liberalen.

Rainer Matheisen berichtet über die Tätigkeit der LHG und bittet um Unterstützung im Wahlkampf im kommenden Jahr.

TOP 5 Bericht des Schatzmeisters

Klaus Burkhardt berichtet ausführlich über die eingegangenen Einnahmen sowie die Ausgaben im Laufe des Geschäftsjahres. Im vergangenen Jahr hatte ich an dieser Stelle angekündigt, dass wir zum 31.12.2006 wieder schwarze Zahlen schreiben. Genau das ist eingetreten.

Hier zunächst einmal die Zahlen:

Unsere Einnahmen beliefen sich auf	€ 132.752,00
Die Ausgaben betragen	€ 96.891,00
Das ergibt einen Überschuss von	€ 35.861,00
Unter Abzug der Unterdeckung von 2005	€ 18.599,00
Verbleiben zum 31.12.2006	€ 17.262,00

Gestatten Sie mir einige Bemerkungen zu diesem Ergebnis.

Von den € 96.000,00 Ausgaben gingen allein € 40.000,00 als Umlagen an Landes- und Bundespartei. Im Vorjahr waren es nur € 25.000,00. Der Rest blieb für den allgemeinen Geschäftsbetrieb, wie Miete, Personal und politische Arbeit.

Insgesamt sind die Ausgaben um ein Drittel niedriger als im Vorjahr. Aber auch die Einnahmen sind um 17% zurückgegangen, obwohl die Beitragseinnahmen um € 27.000,00 angestiegen sind und die Spenden radikal eingebrochen.

Diese positive Entwicklung unserer Finanzlage ist auf 3 Umstände zurückzuführen:

- 1) keine Wahlen
- 2) die Beitragsanpassung von 2005, die wie man sieht richtig und notwendig war
- 3) das energische Nachfassen bei zahlungsunwilligen Mitgliedern.

Für das kommende Jahr rechne ich mit einem Überschuss von € 30.000,00.

Ergebnisse wie diese sind eine wahre Freude für einen Schatzmeister. Können wir mit diesen Reserven doch die kommenden Wahljahre bestehen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte weiterhin um Ihre Unterstützung.

TOP 6 Bericht der Kassenprüfer

Thomas Nicolin gibt den Bericht der Kassenprüfer. Am 21. Februar 2007 wurde in den Räumen der Geschäftsstelle die Buchhaltung des Kreisverbandes geprüft.

Die anfallenden Belege wurden laufend kontiert und monatlich über einen PC verbucht. Die Belege wurden in vier Ordnern gesammelt. Über die Verbuchungen wurden monatliche Journal-Listen und Kontenübersichten ausgedruckt. Die Kassenprüfer haben stichprobenartig anhand der Belege, Kontoauszüge, Mitgliederlisten die Verbuchungen sachlich und formal geprüft. Es haben sich keine Beanstandungen ergeben.

Sie beantragen, dem Schatzmeister des Kreisverbandes Entlastung zu erteilen.

Dem Schatzmeister wird Entlastung erteilt.

TOP 7 Rede des Generalsekretärs des Bundesverbandes der FDP, Dirk Niebel, MdB

Gisela Piltz begrüßt den Generalsekretär des Bundesverbandes der FDP, Dirk Niebel, sehr herzlich.

Dirk Niebel nimmt in seiner Rede Stellung zu den aktuellen Entwicklungen auf Bundesebene. Zu beobachten sei ein zunehmender Verfall der demokratischen Sitten bei der großen Koalition, z.B. im Gesetzgebungsverfahren. Inhaltlich hebt er insbesondere ab auf die liberalen Positionen zur Gesundheitsreform, zur Arbeitsmarktpolitik, zum Steuerrecht, zur Energiepolitik und zur Forschungsfreiheit. Er bittet die Anwesenden, aktiv dafür zu werben, dass liberale Standpunkte mehrheitsfähiger werden.

TOP 8 Aussprache

Es folgt eine fundierte Aussprache, in der auch Dirk Niebel für Fragen zur Verfügung steht.

TOP 9 Wahl des Vorsitzenden der Zählkommission

Auf Vorschlag des Kreisvorstandes wird Dr. Manfred Drillisch einstimmig zum Vorsitzenden der Zählkommission gewählt.

TOP 10 Wahl der Stimmenauszähler und - einsammler

Die Ortsvorsitzenden sowie die JuLi's nannten jeweils eine Person aus ihren Reihen (Elmar Niederhaus, Bodo Schadrack, Marianne Schröder, Nicole Weber, Dietmar Schäfer, Silke Ditten, Rosalia Suciú-Sibianu, Rolf Klahold).

TOP 11 Wahl der Vorschläge des Kreisverbandes für die Delegierten und Ersatzdelegierten zum Bundesparteitag

Helmut von Richter erläutert das Wahlprozedere, wonach maximal zwölf Stimmen für sechs Delegierte und sechs Ersatzdelegierte abgegeben werden können. Es wird das Einverständnis des Kreisparteitages mit diesem Verfahren festgestellt. Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht. Es wird keine Vorstellung gewünscht.

TOP 12 Wahl der Vorschläge des Kreisverbandes für die Delegierten und Ersatzdelegierten zum ELDR-Kongress

Helmut von Richter erläutert das Wahlprozedere, wonach zwei Stimmen für einen Delegierten und einen Ersatzdelegierten vergeben werden können. Es wird das Einverständnis des Kreisparteitages mit diesem Verfahren festgestellt. Auf Wunsch stellt sich Florian Trenner dem Kreisparteitag vor.

TOP 13 Anträge

Es wurden neun Anträge fristgerecht eingereicht.

Der Kreisparteitag erklärt sich damit einverstanden, die Anträge 3 und 9 gemeinsam zu beraten.

Antrag zum ordentlichen Kreisparteitag am 3. März 2007

Antragsteller : Kreisvorstand

Reform des Taxigewerbes

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Das Taxigewerbe ist durch einen über 40 Jahre alten und in vielen Bereichen überholten Ordnungsrahmen gebunden. Die Bestimmungen im Personenbeförderungsgesetz (PBefG) und in der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrtunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) müssen daher dringend überarbeitet werden. Als besonders wichtige Verbesserungen fordert die FDP-Düsseldorf:

1. Einen Personenbeförderungsschein (P-Schein) einzuführen, der auf der Vorderseite das obligatorische Lichtbild, den Namen und Vornamen des Fahrers sowie die Nummer des P-Scheins mit Gültigkeitsdauer ausweist und dass die Vorderseite des neuen P-Scheins vorne am Armaturenbrett für jeden Fahrgast sichtbar anzubringen ist.
2. Eine Änderung des jetzt gültigen § 13 Abs. 4 PBefG, so dass die Genehmigungsbehörden in die Lage versetzt werden, bei einem gravierenden Überangebot Anträge auf Erteilung weiterer Taxikonzessionen nur noch auf Zeit (z.B. 5. Jahre) zu vergeben und diese durch die Behörden zu versteigern.
3. Die Zugangsregelungen zum Taxigewerbe dahin gehend zu modifizieren, dass Taxifahrer eine dreimonatige Ausbildung durchlaufen und gute deutsche Sprachkenntnisse für Taxifahrer zwingend vorgeschrieben werden.
Im Rahmen der Ausbildung sind Ortskenntnisse, Erste-Hilfe-Kenntnisse, Deeskalationsverhalten und Servicementalität zu unterrichten und zu prüfen.

Der FDP-Kreisverband Düsseldorf fordert die FDP-Bundestagsfraktion auf, sich für die entsprechenden Gesetzesänderungen einzusetzen.

Angenommen auf dem Kreisparteitag „absoluter“ Mehrheit

Antrag zum ordentlichen Kreisparteitag am 3. März 2007

Antragsteller: Kreisvorstand

„Neue Landskrone“

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die FDP Düsseldorf begrüßt die städtebauliche Umgestaltung der Innenstadt „Neue Landskrone“ durch die Planung des ‚Kö-Bogens‘ und bittet die FDP-Ratsfraktion vor dem Ratsbeschluss über den ersten Bauabschnitt ‚Kö-Bogen‘ sich für die Umsetzung folgender Punkte einzusetzen:

1. Ausweisung aller Baufelder die bei Realisierung des zweiten Bauabschnitts entstehen.
2. Erstellung und Beschluss eines verbindlichen Zeitplans für die Realisierung des zweiten Bauabschnitts.
3. Anhörung aller interessierten Düsseldorfer Bürgerinnen und Bürger welche Erwartungen sie an Gestaltung und Aufenthaltsqualität des Kö-Bogen Areals (erster und zweiter Bauabschnitt) haben.
4. Beschluss des Rates über die städtebaulichen Ziele, Nutzung und erstrebte Aufenthaltsqualität für das Kö-Bogen Areal (erster und zweiter Bauabschnitt) – natürlich unter Einbeziehung der Bürgerwünsche.
5. Ausschreibung eines Wettbewerbs zur Umsetzung des Ratsbeschlusses.

Weiter spricht sich die FDP-Düsseldorf dafür aus, die Möglichkeiten einer Untertunnelung des Hofgartens für den Auto-Verkehr ab Maximilian-Wehye-Allee weiter zu untersuchen und zu forcieren.

Angenommen auf dem Kreisparteitag mit Änderung Punkt 4 „städtebauliche Ziele“ – absoluter Mehrheit

Antrag 3

Antrag zum ordentlichen Kreisparteitag am 3. März 2007

Antragsteller: Ortsverband 07

Neues Kindergartengesetz (GTK)

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Der Kreisverband Düsseldorf bittet die FDP-Landtagsfraktion bei der Reform des Gesetzes „Tagesstätten für Kinder“ die Situation der Großstädte mehr zu berücksichtigen. Es muss befürchtet werden, dass das vorgesehene Finanzierungsmodell die heutigen Betriebskosten für Tagesstätten für Kinder in Großstädten nicht decken wird, sondern zu einer 20% bis 40%igen Kürzung an Fördermitteln in den großen Kommunen führt. Der Kreisverband bittet die FDP-Landtagsfraktion diese ungerechten Kürzungen zu verhindern.

Angenommen auf dem Kreisparteitag mit einer Gegenstimme

Antrag 9

Antrag zum ordentlichen Kreisparteitag am 3. März 2007

Antragsteller: Ortsverband 05

Der Besuch des Kindergartens ist für Kinder ab 3 Jahren beitragsfrei zu stellen

Für Kinder ab 3 Jahren besteht der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Zur Förderung der Kinder im Vorschulalter und zur Förderung junger Familien und deren finanzieller Entlastung ist es jedoch auch wichtig den Besuch des Kindergartens beitragsfrei auszugestalten.

Es wird beantragt:

Der Rat der Stadt Düsseldorf wird aufgefordert, den Besuch des Kindergartens für Kinder ab 3 Jahren beitragsfrei zu stellen.

Der Antrag 9 wurde auf dem Kreisparteitag abgelehnt

Antrag 4

Antrag zum ordentlichen Kreisparteitag am 3. März 2007

Antragsteller: Manfred Neuenhaus

Gemeindeordnung

Der Kreisparteitag möge beschließen:

1. Der vom Innenministerium vorgelegte Referentenentwurf zur Reform der Gemeindeordnung NRW wird grundsätzlich begrüßt.
2. Entsprechend den Festlegungen im Koalitionsvertrag zwischen FDP und CDU wird erwartet, kommunale Kooperation für die Zukunft vollständig zu öffnen, insbesondere den Städten und Gemeinden, die in Zukunft Aufgaben und Strukturen gemeinsam erledigen wollen gesetzlich in der Gemeindeordnung und ausdrücklich zu garantieren, dass ihre Kooperationsbereitschaft nicht als Vorstufe einer neuerlichen kommunalen Gebietsreform und damit zu einem Verlust der Selbständigkeit wie in den zurückliegenden sieben Jahren des letzten Jahrhunderts führen wird.
3. Bei der Verteilung/Zuordnung der Geschäftskreise der Beigeordneten darf die Rolle des Rates nicht unvertretbar beschnitten werden; entsprechend dem Gutachten der Expertenkommission aus dem Jahre 2002 kann eine Gesetzesänderung nur dann in Frage kommen (§ 74 GO), wenn eine **gegenseitige Einvernehmensregelung** zwischen Oberbürgermeister und Rat in die GO eingefügt wird.

Mit Mehrheit angenommen

Antrag zum ordentlichen Kreisparteitag am 3. März 2007

Antragsteller: Junge Liberale/Liberales Forum

Keine Kriminalisierung von Dopingssportlern – aber bessere Organisation im Anti-Doping-Kampf

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Periodisch kommen in Presse und Politik Forderungen nach einem so genannten Anti-Dopinggesetz auf. Hiernach soll ein neuer Straftatbestand des „Sportbetruges“ geschaffen werden, nach dem die den Doping-Codes nicht entsprechende Mittel einnehmende und dies verheimlichende Sportler selbst einer staatlichen Bestrafung aussetzen. Die FDP Düsseldorf erteilt solchen Forderungen nach einer Kriminalisierung von dopenden Sportlern eine Absage.

Eine solche Umsetzung würde die Autonomie des Sportes und der Sportverbände aushöhlen, zu der auch die Durchsetzung eigener Regeln gehört. Zudem erlaubte das dann zwingend durchzuführende Ermittlungsverfahren und die Justizförmigkeit des Prozesses es den Betroffenen, sich auf ihre Beschuldigtenposition zurückzuziehen und bürdete die schwierige Beweisführung komplett der Anklagebehörde auf. Damit stünden die Verdächtigen sogar noch besser als nach dem heute geltenden WADA-Kodex, der ihnen umfangreiche Mitwirkungspflichten auferlegt.

Gleichzeitig erkennt die FDP Düsseldorf an, dass das Verfahren in Dopingfällen bei einigen Sportverbänden mangelhaft ist. Die von den Organen des Sports aufgestellten Regeln müssen auch im Interesse des zahlenden Publikums gleichmäßig und ohne verbandspolitischen Druck durchgeführt werden. Die FDP Düsseldorf fordert deswegen die Sportverbände und den Deutschen Olympischen Sportbund auf, im Sinne einer verbesserten Transparenz ihre Bemühungen im Anti-Doping-Kampf zu verstärken und zu koordinieren. Auf der deutschen nationalen Ebene dürfte dabei eine wesentliche Verbesserung durch die Einrichtung eines Nationalen Sportgerichts erreicht werden; dem von den Einzelverbänden organisatorisch unabhängigen Sportgericht könnte nach dem Vorbild des Lausanner *Court d'Arbitration du Sport* eine Revisionszuständigkeit gegen Entscheidungen der Organe der Einzelverbände oder eine ausschließliche Zuständigkeit für Dopingfragen beigelegt werden. Mit Mehrheit angenommen

Antrag zum ordentlichen Kreisparteitag am 3. März 2007

Antragsteller: Fred Suchantke

Anpassung des Umweltschutz in der Stadt Düsseldorf

Der Kreisparteitag möge beschließen:

1. Die FDP Ratsfraktion wird gebeten, im Rat der Stadt Düsseldorf nachfolgende Änderung der Baumschutzsatzung durchzusetzen:

§ 1 (1) Geltungsbereich und Schutzzwecke
Diese Satzung regelt den Schutz des Baumbestandes innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und des Geltungsbereiches der Bebauungspläne „**ausgenommen in überwiegend zum Wohnen bestimmten bebaubaren Flächen**“.
2. Die FDP Ratsfraktion bringt folgenden Antrag sinngemäß im Rat der Stadt Düsseldorf ein.
Gebäude deren Energieverbrauch den Neubauwerten der Energieeinsparverordnung (EnEV 2002) entsprechen, erhalten spätestens ab dem 1.1.2009 und folgende Jahre eine Reduzierung der Grundsteuer um 50 Punkten unterhalb des jeweils geltenden Grundsteuersatzes.

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen und an den Kreishauptausschuss verwiesen.

Antrag zum ordentlichen Kreisparteitag am 3. März 2007

Antragsteller: Fred Suchantke

Immobilien

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die Ratsfraktion wird gebeten, nachfolgenden Antrag sinngemäß im Rat der Stadt Düsseldorf einzubringen:

Der Rat der Stadt Düsseldorf möchte nachfolgende Fragen untersucht und beantwortet wissen und beauftragt hierzu eine noch zu benennende Unternehmensberatung oder Institut:

- Kann das Übertragen der Bewirtschaftung dieser Immobilien auf eine Gesellschaft z.B. der Städtischen Wohnungsgesellschaft Düsseldorf AG Vorteile für die Bewirtschaftung dieser Immobilien bringen?

Der Antrag wurde unter Streichung der Spiegelstriche 1, 3, 4, 5 und 6 mit Änderung im zweiten Spiegelstrich („Eigentumsverhältnisse“ wird ersetzt durch „Bewirtschaftung“ und „vorgefundener“ wird gestrichen) bei wenigen Enthaltungen angenommen.

Antrag zum ordentlichen Kreisparteitag am 3. März 2007

Antragsteller: Arbeitskreis Freiheit & Sicherheit

Lückenschluss privatrechtlicher Datenschutz

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die FDP Düsseldorf fordert den Landesverband NRW auf, folgendes zu beschließen:

1. Die gesetzlichen Regelungen zum Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich sind mit dem Ziel zu überarbeiten, die Transparenz der Datenverarbeitung größtmöglich zu erhöhen und die in Eigenverantwortung der Daten verarbeitenden Stellen vorzunehmende Datenschutzkontrolle auszubauen.
2. Datenverarbeitende Stellen müssen, soweit Einzelheiten der Datenverarbeitung und –nutzung für die Betroffenen nicht offenkundig sind, vor Beginn einer geplanten Verarbeitung und Nutzung von personenbezogenen Daten die Betroffenen anlassfrei und umfassend über die Art und Menge der verwendeten Daten, die Einzelziele der Verwendungen, die beteiligten Stellen, die Nutzungsarten, die Speicherdauer, die tatsächliche Herkunft aufklären. Daneben gehören zur Transparenz auch detaillierte Informationen über den Weg, den die Daten nehmen. Im Zweifel sind formgerechte Einwilligungserklärungen, die die Reichweite der geplanten Verarbeitung und Nutzung hinreichend erläutern, zu fordern. Soweit das bestehende Recht gegen die einseitig vorgenommene Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten dem Betroffenen lediglich das Recht zum Widerspruch einräumt, soll dies in Zukunft nur mit ausdrücklicher Einwilligung geschehen können.
3. Datenverarbeitende Stellen müssen gegenüber den Betroffenen anlassfrei ferner darlegen, dass sie ausreichende technisch-organisatorische Vorkehrungen gegen eine unbefugte Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten getroffen haben.
4. Die in Eigenverantwortung der Daten verarbeitenden Stellen vorzunehmende Datenschutzkontrolle im nicht öffentlichen Bereich ist auszubauen:

Die betriebliche Selbstkontrolle ist zu erweitern. Nach Wahl der Daten verarbeitenden Stelle sollen entweder interne oder externe Kontrollstellen die Offenlegung und die korrekte Verwendung der Daten kontrollieren.

Hierzu sollen die betrieblichen Datenschutzbeauftragten von der Geschäftsleitung vollständig unabhängig als Prüfungsstelle tätig und mit Prüfungskompetenz ausgestattet sein. Alternativ können stattdessen unabhängige private externe Stellen mit der umfassenden Datenschutz-

Kontrolle betraut werden können. Die Kompetenz der externen Kontrollstelle ist mit der Zulassung der gewerblichen Tätigkeit zu prüfen.

- Die Kontrollstellen sind verpflichtet, regelmäßig einen öffentlichen Bericht über die Kontrollergebnisse vorzulegen.

5. Werden die Vorgaben zur Transparenz erheblich missachtet, steht den Betroffenen eine Entschädigung zu.

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen und an den Kreishauptausschuss verwiesen.

TOP 14 Verschiedenes

Gisela Piltz dankt den Mitgliedern, dem Präsidium, der Zählkommission und den Mitarbeitern für den guten Tagungsverlauf und schließt den Parteitag.

Ende des Parteitages 15:00 Uhr

Dr. Burkhard Hirsch
Versammlungsleiter

Franziska Pagel
Protokollantin